

14./15. August 1996

## EU-Finanzierung wird zum Alptraum

Lasten müssen gerechter verteilt werden

**Gast**  
Kommentar

Von Michael G. Möhnle\*)

Die unendliche Diskussion über Deutschland als „Zahlmeister der Europäischen Union“ muß seit der deutschen Einheit und der Überwindung der Teilung Europas unter anderen Vorzeichen geführt werden. Die Deutschen heute sind nicht die Erben eines immerwährenden Wirtschaftswunders, wie unsere europäischen Partner vielfach noch glauben.

Die Deutschen heute befinden sich im Mittelfeld der EU-Wohlstandsskala und sind bis an die Grenzen des Erträglichen belastet, weil sie drei Aufgaben von europäischem Rang gleichzeitig meistern müssen: den Aufbau Ost in den neuen Ländern, die Hilfsleistungen für unsere Nachbarn im Osten des Kontinents mit ihren noch sehr jungen europäischen Demokratien und die Finanzierung der Europäischen Union.

Natürlich ist die heutige Europäische Union mit 370 Millionen Bürgern, in die zwei Drittel unserer Waren und 60 Prozent unserer Investitionen fließen, das wirtschaftliche Fundament unseres Wohlstandes. Das hat sich seit Gründung der EWG 1957 nicht verändert und bis heute laufend verstärkt. Aber angesichts der enormen Dreifach-Belastung Deutschlands ist es legitim, wenn wir unsere Finanzleistungen an die EU kritischer als bisher unter die Lupe nehmen.

Allzu oft haben die Deutschen in der Europäischen Union den Eindruck erweckt: „Wir machen das mit links.“ Um so schwieriger ist es heute, unseren Nachbarn in der EU klarzumachen, daß es so nicht weitergeht: die finanziellen Lasten müssen gerechter verteilt werden.



Hier einige Fakten: Zwei Drittel der EU-Nettozahlungen gingen 1995 zu Lasten Deutschlands mit insgesamt 22 Milliarden DM; die deutschen Nettozahlungen haben sich seit 1985 fast verdreifacht. Deutschland finanziert knapp 30 Prozent des Haushalts der Europäischen Union. Dieser Haushalt ist von 1983 bis 1993 durchschnittlich um 10,5 Prozent pro Jahr gestiegen, die Nettobelastung Deutschlands aber um 14,5 Prozent.

Und so ist die Situation in anderen EU-Ländern: Wohlhabende Staaten wie Dänemark, Belgien und Luxemburg erhalten mehr Geld zurück, als sie hineinbezahlen. Seit 1984 erhält Großbritannien einen großzügigen Finanzrabatt, berechnet nach einem komplizierten Schlüssel, der auf dem Gipfel von Edinburgh 1992 bestätigt wurde, wenn auch etwas abgeschwächt. Griechenland, Spanien, Portugal und Irland – die vier „Armsten“ der EU – erhalten aus dem sogenannten Kohäsionsfonds bis 1999 rund 30 Milliarden DM und aus den anderen Strukturfonds nochmals rund 120 Milliarden DM.

Immerhin hat Deutschland erreicht, daß auch die fünf neuen Länder als arme Regionen Europas eingestuft wurden: bis 1999 erhalten sie rund 28 Milliarden DM aus dem Subventionsfüllhorn der EU. Insgesamt fließen aus den Strukturfonds und dem Kohäsionsfonds im Zeitraum von 1994 bis 1999 ca. 320 Milliarden DM zurück in nationale und regionale Kassen.

Nur so ist es auch zu erklären, daß im letzten Jahr Spanien 9,3 Milliarden, Griechenland 8,8 Milliarden, Portugal 5,4 Milliarden und Irland 5 Milliarden DM als Plus in ihrer Zahlungsbilanz mit der Europäischen Union verbuchen konnten.

Niemand ist gegen eine sinnvolle Förderung wirtschaftlich schwach strukturierter Regionen in der Europäischen Union – letztlich bringt dies mehr Wachstum für alle. Aber hier werden Milliarden-Subventionen in so kurzer Zeit in Länder gepumpt, daß diese überhaupt nicht mehr wissen, was sie mit dem Geld anfangen sollen, die Mittel zum Teil in Brüssel gar nicht abgerufen werden.

Die Subventions-Maschinerie der Europäischen Union hat gigantische Ausmaße angenommen: Agrar- und Strukturpolitik umfassen heute bereits 80 Prozent des EU-Haushalts von rund 160 Milliarden DM. Dabei hat der Europäische Rechnungshof in Luxemburg schon längst festgestellt, daß die Subventionslastigkeit des europäischen Haushalts Hauptursache für sogenannte „Unregelmäßigkeiten“ ist – besser gesagt: Betrug.

Die Reform des Finanzsystems der Europäischen Union steht 1999 auf der politischen Tagesordnung. Deutschland muß seine Interessen knallhart einbringen: sonst wird die EU-Finanzierung zu einem deutschen Alptraum.

\*) Michael G. Möhnle ist Journalist und ehemaliger Pressesprecher in der EVP-Fraktion (Christdemokraten) des Europäischen Parlaments